



Nr. 6

20. Februar 2015

Inhalt

[Einkommensrunde 2015: Länderbeschäftigte untermauern Forderungen +++](#)

[Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst der Länder:](#)

[Russ: Zweite Runde muss entscheidende Fortschritte bringen+++](#)

[Einkommensrunde 2015:](#)

[Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte unverzichtbar+++](#)

[Tarifkonflikt Deutsche Bahn: Verhandlungen statt Eskalation+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Hamburger dbb-Landesgewerkschaftstag: Tarifpluralität ist Demokratie+++](#)

[DSTG: Noch Milliarden deutsches Schwarzgeld in der Schweiz+++](#)

[GDL-Gremien votieren einstimmig für Streik+++](#)

[Beschäftigte der VGW im Warnstreik:](#)

[Endlich Verhandlungen für Haustarifvertrag aufnehmen+++](#)

[Gewerkschaft sieht Bundespolizei von illegaler Migration überrollt+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2015: Länderbeschäftigte untermauern Forderungen

(dbb) Mit Warnstreiks und Demonstrationen haben Beschäftigte der Bundesländer am 19. Februar 2015 ihre Forderungen für die Einkommensrunde 2015 untermauert. In Berlin und Nürnberg fanden zentrale Kundgebungen mit weit über 1.000 Teilnehmern statt. Die Einkommen sollen um 5,5 Prozent, mindestens aber um 175 Euro steigen. Auszubildende sollen eine Entgelterhöhung von 100 Euro erhalten und dauerhaft übernommen werden. „Der öffentliche Dienst ist jeden Cent wert, nicht nur einen Inflationsausgleich“, sagte der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb Willi Russ in Berlin.

„Das ist eine sehr schwierige Tarifrunde, denn wir haben gleichzeitig großen Erwartungs- und Zeitdruck. Die Landesbeschäftigten verdienen inzwischen fast vier Prozent weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen. Dass darf nicht sein. Ich muss die Arbeitgeber außerdem schon jetzt vor taktischen Verzögerungen und Spielchen warnen, denn es gibt keine Schlichtungsvereinbarung. Wird keine Einigung erzielt, stehen die Zeichen auf Streik“, so Russ. „Wie immer die Tarifverhandlungen ausgehen, die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den Beamtenbereich ist zwingend notwendig.“

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, verwies bei der Kundgebung auf die schwieriger werdende Nachwuchssituation bei der Polizei: „Gerade hier in Berlin haben wir immer größere Rekrutierungsprobleme. Erstens fällt der öffentliche Dienst generell seit Jahren beim Einkommen hinter der Privatwirtschaft zurück und dann liegt die Bezahlung beim Land Berlin auch noch bis zu 20 Prozent hinter der in anderen Ländern. Hier muss in der Einkommensrunde dringend Abhilfe geschaffen werden.“

Investitionen in Personal gefordert

„Die Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes sorgen dafür, dass Deutschlands Infrastruktur rund um die Uhr funktioniert“, sagte Siegfried Damm, Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Straßenwärter, vor den Demonstranten in Nürnberg. „Das wissen natürlich auch die Arbeitgeber. Deshalb muss ihnen auch klar sein: Wir lassen uns nicht mit Peanuts abspesen. Sprudelnde Steuereinnahmen dürfen nicht in Haushaltslöchern und Nebenhaushalten verschwinden, sie müssen in das Personal investiert werden.“

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, verwies auf die großen Leis-

tungen der Finanzverwaltung: „Frauen stellen dort übrigens mit 54,9 Prozent die Mehrheit. Sie schaffen gemeinsam mit ihren Kollegen die Grundlage dafür, dass die von den Bürgerinnen und Bürgern so wertgeschätzte Infrastruktur Deutschlands finanziert werden kann. Dafür steht ihnen eine gerechte Bezahlung zu.“

Aktionen auch in Mecklenburg-Vorpommern

Über 150 Beamte und Arbeitnehmer des Landesdienstes Mecklenburg-Vorpommern machten am 18. Februar 2015 bei einer Kundgebung in Güstrow deutlich, dass sie hinter ihren Forderungen in der laufenden Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) stehen. Mehr als 500 Arbeitnehmerinnen folgten zudem dem Warnstreikaufruf für Mecklenburg-Vorpommern. Bestreikt wurden unter anderem Straßenmeistereien und Berufsschulen, Beamtinnen und Beamte beteiligten sich in ihrer dienstfreien Zeit an den Aktionen.

dbb-Verhandlungsführer Willi Russ betonte vor den Kundgebungsteilnehmern in Güstrow: „Die Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst leisten hervorragende Arbeit. Wenn das auch in Zukunft so bleiben soll, brauchen wir reale Einkommenszuwächse. Das ist gut für die Motivation der Beschäftigten und für die Attraktivität des Arbeitsplatzes öffentlicher Dienst.“ Russ erneuerte auch den Appell, dem Tarifkompromiss am Ende zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger der Länder zu übertragen.

Der dbb-Vorsitzende Mecklenburg Vorpommern Dietmar Knecht nannte 5,5 Prozent plus, mindestens aber 175 Euro, „eine akzeptable Forderung“. Es dürfe kein weiteres Abkoppeln von der im Grundgesetz verbrieften Teilhabe der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an der allgemeinen Einkommensentwicklung geben, sagte Knecht in Güstrow. „Wir brauchen jetzt einen nahtlosen Anschluss an den Ab-

schluss bei Bund und Kommunen vom Frühjahr 2014, denn gegenüber dem TVöD-Bereich beträgt der Einkommensrückstand zum 1. März 2015 minus 3,9 Prozent – das sind durchschnittlich 122 Euro monatlich weniger für die

Landesbediensteten.“ Von der Einkommens- und Besoldungsrunde sind in Mecklenburg-Vorpommern knapp 25.000 Tarifbeschäftigte und 15.000 Beamtinnen betroffen.
(01/06/15)

Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst der Länder: Russ: Zweite Runde muss entscheidende Fortschritte bringen

Die erste Runde der Tarifverhandlungen über Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Länder am 16. Februar 2015 in Berlin ist ohne Ergebnis zu Ende gegangen.

„Wir haben sehr offen und konstruktiv miteinander diskutiert und alle wesentlichen Forderungen und Gegenargumente auf den Tisch gelegt. Besonders erfreulich aus unserer Sicht ist die offensichtliche Bereitschaft der Arbeitgeberseite, auch beim Thema Lehrereingruppierung in diesen Verhandlungen zu einer tragfähigen Einigung zu kommen“, sagte dbb-Verhandlungsführer Willi Russ nach dem Zusammentreffen mit der Spitze der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) in Berlin.

Beim Thema Lineareinkommen sei man noch deutlich auseinander, so Russ. Der ständig wiederholte Verweis der Arbeitgeber auf die niedrige Inflationsrate als Gegenargument gegen eine substanzielle Erhöhung ziehe nicht. Russ:

„Nachwuchsgewinnung und Wertschätzung sind mehr als der Inflationsausgleich. Die Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst leisten hervorragende Arbeit. Wenn das auch

in Zukunft so bleiben soll, brauchen wir reale Einkommenszuwächse. Das ist gut für die Motivation der Beschäftigten und für die Attraktivität des Arbeitsplatzes öffentlicher Dienst.“

Jetzt gehe es darum, in der für den 26./27. Februar 2015 in Potsdam geplanten zweiten Verhandlungsrunde voran zu kommen. „Ich bin da jetzt optimistischer als vor Verhandlungsbeginn“, so der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, „aber was immer am Ende als Kompromiss steht, der Tarifabschluss muss zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger der Länder übertragen werden. Erst dann ist diese Einkommensrunde beendet.“

Informationen zur Einkommensrunde 2015:
<http://www.dbb.de/themen/einkommensrunde-2015/>
(02/06/15)

Einkommensrunde 2015: Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte unverzichtbar

(dbb) Die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Landesbeamten im Zuge der am 16. Februar 2015 gestarteten Einkommensrunde ist für den dbb unverzichtbar. Zwei Bundesländer - Bayern und Hamburg - hätten dies bereits zugesagt, „das setzt die anderen erfreulicherweise unter Zugzwang“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt der „Wirtschaftswoche“ (Online-Ausgabe vom 13. Februar 2015). „Taktische Spielchen bei der Beamtenbesoldung sollte sich gerade Nordrhein-Westfalen verkneifen. Den letzten Versuch der dortigen Landesregierung, bestimmte Besoldungsgruppen von einer Erhöhung auszunehmen, hat 2014 bekanntlich das Landesverfassungsgericht kassiert“, warnte der dbb Chef.

„Wir verkennen nicht die finanziellen Verhältnisse“, betonte Dauderstädt mit Blick auf die ablehnenden Reaktionen der Arbeitgeber, die -

mit Ausnahme Hessens - als Tarifgemeinschaft der Länder mit dbb und ver.di verhandeln und die Gewerkschaftsforderungen (5,5 Prozent

plus, mindestens aber 175 Euro mehr) bereits als zu hoch zurückgewiesen haben. „Ein Prozent Gehaltszuwachs hat bei den Ländern eine völlig andere Dimension als beim Bund, soviel ist klar. Fakt ist aber auch, dass die Steuerquellen derzeit kräftig sprudeln. Wir wissen, dass wir den Haushalt belasten. Wir sind es aber wert. Die Politik muss Prioritäten setzen: Wie wichtig ist ihr motiviertes Personal? Und wie kann sie angesichts des immer dramatischeren Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst mehr Interessenten anlocken? Und da

sagen wir: Bestimmt nicht mit mickrigen Lohnabschlüssen“, machte der dbb Bundesvorsitzende deutlich.

Wenn nach der dritten Verhandlungsrunde Mitte März kein diskutables Angebot auf den Tisch kommt, drohten aber Urabstimmung und ein Arbeitskampf vor Ostern. „Es existiert ja leider kein Schlichtungsabkommen mehr. Das haben die Arbeitgeber gekündigt“, so Dauderstädt.
(03/06/15)

Tarifkonflikt Deutsche Bahn: Verhandlungen statt Eskalation

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die Parteien im Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn im „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 19. Februar 2015) aufgefordert, ihre Verhandlungen fortzusetzen: „Bahn und GDL haben mehrfach erklärt, dass eine Lösung nur im Gespräch gefunden werden kann, zwei aktuelle Positionspapiere liegen auf dem Tisch und müssen in Übereinstimmung gebracht werden.“

Der dbb Chef forderte die Tarifparteien auf, eine einigungsfähige Gesamtstrategie zu erarbeiten. Dauderstädt: „Es ist jetzt nicht die Zeit für Eskalation, sondern für intensive Verhandlungen. Sollte ein GDL-Antrag auf Streikgeldunterstützung bei uns eingehen, werden die

zuständigen Gremien des dbb das zu berücksichtigen haben. Wir fordern die Tarifparteien nachdrücklich auf, umgehend an den Verhandlungstisch zurückzukehren.“
(04/06/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburger dbb-Landesgewerkschaftstag: Tarifpluralität ist Demokratie

(dbb) Einen außerordentlichen Landesgewerkschaftstag unter dem Motto „Tarifpluralität ist Demokratie“ hat der dbb hamburg am 13. Februar 2015 durchgeführt. 127 Delegierte waren aufgerufen, insbesondere über eine vom Landesvorstand eingebrachte Entschließung „Gesetz zur Tarifeinheit ist überflüssig“ zu entscheiden.

In seiner Eröffnungsrede bezeichnete der dbb-Landesvorsitzende Rudolf Klüver den Gesetzentwurf zur Tarifeinheit als „Konstrukt von einigen wenigen Lobbyisten, die ihre Monopolstellung ausbauen wollen“. Der Gewerkschaftsbewegung würde damit ein Bärendienst erwiesen, warnte Klüver und verwies darauf, dass selbst einige Gewerkschaften innerhalb des DGB gegen den Gesetzentwurf seien. Das Gesetz zur Tarifeinheit sei ein Frontalangriff auf die Koalitionsfreiheit und schon im Ansatz verfassungswidrig.

Udo Di Fabio, von 1999 bis 2011 im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts als Richter tätig, wies in seinem Vortrag die Politik in die Schranken. Es könne nicht sein, dass die Bundesregierung bewusst versuche, das verfassungsrechtlich festgeschriebene Grundrecht auf Koalitionsfreiheit zu torpedieren. Ein solches Gesetz sei zum Scheitern verurteilt, weil Grundrechte in der Rangfolge weit über der einfachen Gesetzgebung stehen. Die Delegierten beschlossen einstimmig die Entschließung „Gesetz zur Tarifeinheit ist überflüssig“.
(05/06/15)

DSTG: Noch Milliarden deutsches Schwarzgeld in der Schweiz

(dbb) Trotz der Beteuerungen der Schweizer Banken, Steuerhinterziehung nicht länger zu unterstützen, haben Deutsche nach Schätzung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) noch immer erhebliche Summen Schwarzgeldes in der Schweiz vor dem deutschen Fiskus versteckt. „Es dürften heute noch mindestens 40 Milliarden Euro von Deutschen in der Schweiz liegen, von denen der deutsche Fiskus nichts weiß“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler dem „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 16. Februar 2015). „Die Schweiz ist die größte Fluchtborg für deutsches Schwarzgeld.“

Bis vor kurzem hätten sogar noch rund 160 Milliarden Euro un versteuertes deutsches Geld auf Schweizer Konten gelegen, betonte Eigenthaler. Durch die Weißgeldstrategie der Schweizer Banken, die Steuer-CDs und die Selbstanzeigen habe sich diese Summe in den vergangenen Jahren zwar verringert, dennoch

seien immer noch große Beträge in der Schweiz gebunkert. „Mindestens ein Viertel des un versteuerten Kapitals hat sich dem Zugriff der Finanzbehörden weiterhin entzogen“, sagte Eigenthaler.
(06/06/15)

GDL-Gremien votieren einstimmig für Streik

(dbb) „Die Deutsche Bahn lässt der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) keine Chance. Sie zwingt sie in den Streik.“ Das teilte die GDL am 18. Februar 2015 mit. Die DB sei entgegen ihrer Zusage nicht bereit, „mit der GDL Tarifverträge für ihr Zugpersonal zu schließen, die von denen ihrer Hausgewerkschaft EVG abweichen. Ist die Tarifeinheit zwingende Voraussetzung, fallen alle Forderungen der GDL unter den Tisch. Die Millionen an Überstunden und überhaupt die starke Überlastung des Zugpersonals blieben damit weiter bestehen. Die Arbeitszeit muss aber verkürzt und die Schichtgestaltung nachhaltig verbessert werden“, heißt es in der Pressemitteilung.

GDL-Vorsitzender Claus Weselsky erklärte: „Unsere Mitglieder arbeiten eben im Schichtbetrieb und nur sie haben Probleme mit den unzulänglichen Arbeitszeitregelungen und den massiven Überstunden. Und wir haben mit unserem Flächentarifvertrag ein bewährtes Mittel, um in ganz Deutschland faire Entgelt- und Arbeitszeitbedingungen zu verankern. Das darf nicht kaputt gemacht werden.“

„Deshalb haben der GDL-Hauptvorstand und die Tarifkommission heute in Frankfurt ein-

stimmig für einen Arbeitskampf votiert“, heißt es weiter. Die GDL fordere den DB-Vorstandsvorsitzenden Rüdiger Grube und den Eigentümer Bund auf, die Verhandlungsführung zum Einlenken zu bewegen. Weselsky: „Beide sind in der Pflicht, die Eskalation abzuwenden.“

Die GDL werde rechtzeitig über den Zeitpunkt und die Dauer des Streiks informieren.
(07/06/15)

Beschäftigte der VGW im Warnstreik: Endlich Verhandlungen für Haustarifvertrag aufnehmen

(dbb) Beschäftigte der VGW (Verkehrsgesellschaft Wiesmoor mbH) sind am 18. Februar 2015 von Betriebsbeginn um 5:00 Uhr an in einen befristeten Warnstreik getreten. Viele der VGW-Fahrten fielen ersatzlos aus. Der Busverkehr in der Region blieb weit bis in den Vormittag unregelmäßig.

Mit ihrer mehrstündigen Arbeitsniederlegung (bis 9:00 Uhr) wollten die Kolleginnen und Kollegen, die meisten von ihnen im Fahrdienst,

ihrer Forderung nach Aufnahme von Verhandlungen für einen Haustarifvertrag Nachdruck verleihen. Zu dem Warnstreik aufgerufen hatte

die im dbb beamtenbund und tarifunion organisierte Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG). „Der Arbeitgeber hat es bislang nicht einmal für nötig gehalten, auf unsere Aufforderungen vom Dezember des vergangenen und Januar dieses Jahres zur Aufnahme von Tarifverhandlungen für einen Haustarifvertrag zu reagieren. Jetzt sind wir mit unserer Geduld am Ende“, machte Walter Jezak, stellvertretender Vorsitzender der NahVG, vor den Mitgliedern der Gewerkschaft deutlich, die sich vor dem Betriebshof Aurich versammelt hatten.

Die Kolleginnen und Kollegen fordern die Aufnahme von Tarifverhandlungen für einen Haustarifvertrag für die Beschäftigten der

VGW, eine Verbesserung der geltenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und die Schaffung finanzieller Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten.

Im Einzelnen geht es unter anderem um eine einheitliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden für alle Beschäftigten, die Schaffung eines einheitlichen Vergütungssystems für den Fahrdienst (differenziert nach Betriebszugehörigkeit), Verbesserungen der Lohnfortzahlung bei Urlaub und Krankheit sowie erhöhte Zuschläge im Fahr- und Reinigungsdienst.
(08/06/15)

Gewerkschaft sieht Bundespolizei von illegaler Migration überrollt

(dbb) Die DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft vertritt die Auffassung, dass die Bundespolizei im Süden Deutschlands ihre polizeilichen Tagesaufgaben nicht länger ohne fremde Hilfe wahrnehmen kann. Der Vorsitzende Ernst G. Walter sagte am 16. Februar 2015 in Berlin, die Bundespolizei stehe an der österreichischen Grenze „unmittelbar vor dem Kollaps“. Die Massenzuwanderung aus dem Kosovo habe zu einer dauerhaften Überlastung geführt; „Kolleginnen und Kollegen sind physisch und psychisch am Ende ihrer Kräfte“, so Walter.

Rund um die Uhr würden an der Grenze zu Österreich in großer Zahl illegal eingereiste Personen festgenommen. Auch mit der jetzt beschlossenen personellen und materiellen Verstärkung aus dem gesamten Bundesgebiet werde sich der Zuzug aus dem Kosovo mit ausschließlich grenzpolizeilichen Mitteln weder steuern noch bewältigen lassen.

„Es ist deshalb richtig, alles zu tun, um die Migranten aus dem Kosovo schon vor Ort von der illegalen Einwanderung nach Deutschland

abzuhalten. Die aktuelle Entsendung von Bundespolizisten zur Unterstützung an der ungarisch-serbischen Grenze ist sicherlich kein Allheilmittel zur Bekämpfung der illegalen Migration“, so Walter weiter. „Aber die Einsätze tragen gerade wegen ihres Ansatzes am Entstehungsort zur Reduzierung bei und werden von der DPoIG deshalb begrüßt.“ Zur Bewältigung der Gesamtlage müsse aber vor allem über mehr Personal und mehr Geld für die Bundespolizei gesprochen werden.
(09/06/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Die Thüringer Bildungsministerin Birgit Klaubert (Die Linke) hat am 12. Februar 2015 Vertreter des Thüringer Beamtenbunds tbb sowie der dbb Jugend Thüringen zum Antrittsbesuch empfangen. Eines der Hauptgesprächsthemen war die Lehrerverbeamtung. Die Ministerin versicherte, die Koalition werde alle Möglichkeiten prüfen, die Einstellungsbedingungen in Thüringen so attraktiv wie möglich zu gestalten, so auch die Rückkehr zur 2008 ausge-

setzten Verbeamtung. Es sei jedoch noch keine Abstimmung zwischen den Ressorts erfolgt und noch viel Vorarbeit nötig. Der **tbb** setzte sich in dem Gespräch darüber hinaus für die Weiterentwicklung des Personalentwicklungskonzepts Schule ein, das er am 3. Juli 2013 mitunterzeichnet hatte.

In der Debatte über eine systemgerechte Übertragung von rentenrechtlichen Maßnahmen

men auf Beamtinnen und Beamten hat der BDZ erneut Gleichbehandlung eingefordert. Vor allem bei den Themen Altersgrenze 63 und Mütterrente gelte die auch vom dbb erhobene Forderung, dass Systemgerechtigkeit unverzichtbar sei, erklärte der Bundesvorsitzende der Zoll- und Finanzgewerkschaft **Dieter Dewes** am 14. Februar 2015. Eine Übertragung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren auf die Pension ist aus Sicht von Dewes ein „Gebot der Gerechtigkeit“. Mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der negative Änderungen im Beamtenrecht nachgebildet worden seien, müssten auch positive Elemente übernommen werden. Dies gelte auch für die Mütterrente.

Zum 4. Deutscher Schulleiterkongress, der vom 12. bis 14. März 2015 in Düsseldorf stattfindet, werden rund 2.000 Teilnehmer erwartet. Thematischer Schwerpunkt ist der Umgang

mit digitalen Medien, die auch in den Schulen nicht mehr wegzudenken sind. Lehrkräfte und Schulleitungen werden bei dem Kongress diese Herausforderung mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Wissenschaft diskutieren. Für einen „Blick über den Tellerrand“ sorgen Margot Käßmann, Ranga Yogeshwar und Paul Breitner. Veranstalter sind erneut der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Informationsdienstleister Wolters Kluwer Deutschland (WKD). „Eine gute Schule ist kein Mikrokosmos“, machte **Udo Beckmann**, Bundesvorsitzender des VBE, klar, „deswegen ist es wichtig, dass sich Schulen den digitalen Medien nicht verschließen, sondern sie vielmehr sinnvoll in den Unterricht integrieren.“ Leider würden Schulen von Ländern und Schulträgern in Sachen IT überwiegend allein gelassen.

(10/06/15)